

Indonesische Gewerkschaften

Keine schweigenden Beobachter des Wirtschaftswachstums

Der neugewählte indonesische Präsident Joko Widodo baut bei seinem Wachstumsziel auf die verstärkte Rolle von Auslandsinvestitionen bei Großinfrastrukturprojekten, wie zum Beispiel bei den sechs neuen Industriezonen. Leider kommen dabei die Themen Arbeitsschutz und Arbeitsbedingungen zu kurz. Entsprechend haben die indonesischen Gewerkschaften sich darauf geeinigt, die Regierung daran zu erinnern, dass das Wirtschaftswachstum mit nachhaltiger und umfassender Wohlstandssicherung aller ArbeitnehmerInnen einhergehen muss.

Überaus ehrgeiziges Ziel - wo sind die Arbeiter?

Joko Widodo zeigte sich sehr selbstbewusst, als er das jährliche sieben Prozent Wachstumsziel bis 2019 verkündete. Dabei hatte das fünftgrößte Land der Welt mit einer Bevölkerung von gut 250 Millionen 2014 nur ein Wirtschaftswachstum von 5,1 Prozent erreicht (2013: 6,5 Prozent). Indonesiens Arbeitslosigkeit liegt offiziell zurzeit bei neun Prozent (7,24 Millionen), die realen Zahlen sind aber weitaus höher. Nur 40 Prozent der Werkstätigen haben formelle Arbeitsverhältnisse, die verbleibenden sind im informellen Sektor tätig. Jedes Jahr treten etwa zwei Millionen junge Erwachsene in den Arbeitsmarkt ein, für die es kaum genügend Arbeitsplätze gibt.

Im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen räumt das *Investment Coordinating Board* arbeitsintensiven Industrien Priorität ein und verlässt sich auf den steigenden Konsum der wachsenden Mittelschicht und die Nachfrage des Auslandsmarktes. Inwiefern es dem Land gelingen wird seine realwirtschaftlichen Ziele zu erreichen, hängt auch davon ab, ob Indonesien für das Inkrafttreten der *Association of Southeast Asian Nations Wirtschaftsgemeinschaft AEC* ausreichend vorbereitet ist. Ab Ende 2015 sollen in verschiedenen Sektoren im AEC-Raum jegliche Handelsbarrieren stark reduziert werden, sowohl für Kapitalflüsse als auch für die ArbeitnehmerInnen.

Für die Wirtschaft stellt das AEC eine große Herausforderung dar, da Indonesien über einen großen unerforschten Arbeitsmarkt verfügt, und die Wettbewerbsfähigkeit der indonesischen ArbeitnehmerInnen gering ist. Nach offiziellen Angaben sind von den 14 Millionen vorhandenen hochqualifizierten ArbeitnehmerInnen im AEC-Raum nur 1,9 Millionen IndonesierInnen.

Neue Regierung versus erfahrene Gewerkschaften

Bislang hat die neue Regierung die Situation von ArbeiterInnen meistens in Verbindung mit Maßnahmen zur Beseitigung von prekären Arbeitsverhältnissen und zur Armutsbekämpfung thematisiert. Besonders die miserable Lage der indonesischen ArbeitsmigrantInnen (insbesondere in Malaysia, Hongkong, Singapur und Saudi-Arabien) genießt größte politische Aufmerksamkeit. Dennoch wurden bisher keine konkreten Lösungen entwickelt.

Noch weniger deutlich zeigt sich die Regierung hingegen in ihrer Vision hinsichtlich der nationalen Arbeitsmarktproblematik. Dabei handelt es sich um bekannte Themen, die von Gewerkschaften (aber auch von Arbeitgeberseite) regelmäßig zur Sprache gebracht werden: beispielsweise die Mindestlohnregelung, das soziale Sicherungssystem, der Umgang mit prekären Beschäftigungsverhältnissen, unzuverlässige Arbeitsgerichtsverfahren und der Schutz der ArbeiterInnen des informellen Sektors.

Dabei hätte die neue Regierung unter Joko Widodo vieles von den Gewerkschaften lernen können. In den letzten fünf Jahren hat die Gewerkschaftsbewegung mindestens zwei große Errungenschaften für den Staat und das Allgemeinwohl durchgesetzt:

Hervorzuheben ist erstens die staatliche soziale Grundversorgung durch das im Jahr 2011 ver-

von
Tia Mboeik
und Annika
Salingré

Tia Mboeik, unabhängige Beraterin für den Niederländischen Gewerkschaftsbund FNV mit dem Standort Jakarta.
Annika Salingré, arbeitet beim DGB Bildungswerk als Projektleiterin für Asien und betreut Projekte in Bangladesch, Indien, Indonesien und Vietnam.



Das von TURC herausgegebene Magazin »Lembur« (Überstunden) beschäftigt sich im Dezember 2012 mit der Frage des ersten nationalen Generalstreiks.
Foto: Turc/DGB Bildungswerk



Generalstreik 2013 in Nordjakarta. Wie soll man von 2 Millionen Rupiah (ca. 140 Euro) leben?

Foto: Tia Mboeik

abschiedete BPJS-Gesetz, wodurch der Staat zur Umsetzung des universellen sozialen Sicherungssystems, dem sogenannten BPJS (*Badan Pelaksana Jaminan Sosial*), gesetzlich verpflichtet wurde. Vor allem Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Kräfte, die sich dem Aktionskomitee KAJIS (*Komite Aksi Jaminan Sosial*) angeschlossen hatten, haben sich seit Mitte 2008 unermüdlich für diese Sache eingesetzt. Vor allem deutsche und belgische *Trade Union Solidarity Support Organisationen* (TUSSO) waren in diesem Bereich durch ihre Zusammenarbeit mit den lokalen Gewerkschaftsorganisationen präsent. Das Gesetz schreibt vor, dass der Staat aktiv Verantwortung

übernehmen muss bei der Bereitstellung und Durchführung der Gesundheitsversorgung (BPJS 1) und der ArbeitnehmerInnen-Rente (BPJS 2). Vorher gab es keine allgemeine Krankenversicherung und die Lobby der profitorientierten Versicherungen war sehr stark. Mit der tatsächlichen Einführung seit Januar 2014 sind noch viele Risiken verbunden. Gefährdet wird sie beispielsweise durch die mangelnde Koordination zwischen den zuständigen Regierungsinstitutionen. Gewerkschaften haben daher im Rahmen von *BPJS-Watch* und *Jamkeswatch* Beobachterrollen eingenommen.

Zweitens hat sich die Verhandlungsbasis der ArbeitnehmerInnen zur Erreichung fairer Löhne enorm verbessert. Es geht nicht nur um die Erhöhung der gesetzlichen Mindestlöhne, sondern vielmehr um eine langfristige Sicherung der Kaufkraft von ArbeiterInnen im Allgemeinen. Wichtige Schritte in diese Richtung waren die nachdrückliche Kampagnen- und Lobbyarbeit der vereinten Gewerkschaftsbewegung in der HOSTUM-Kampagne sowie Nationalstreiks, sodass im Jahr 2013 drastische Erhöhungen beim Mindestlohn um durchschnittlich 33 Prozent (regional zwischen 30 und 50 Prozent) erreicht werden konnten. Am niedrigsten war der Lohnsatz 2014 im Distrikt (Kabupaten) Purworejo mit 910.000 Indonesischen Rupiah IDR (etwa 62 Euro), am höchsten in Kabupaten Bekasi (also der Ballungsraum außerhalb der administrativen Stadtgrenzen) mit IDR 2.447.445 (etwa 167 Euro). In 2015 war er am niedrigsten in Kabupaten Cilacap mit IDR 1.100.000 (etwa 75 Euro) und am höchsten in der Stadt (Kota) Bekasi (also innerhalb der administrativen Stadtgrenzen) mit IDR 2.984.000 (etwa 203 Euro). Indonesische Mindestlöhne stehen seitdem im ASEAN-Ranking auf Platz drei, hinter Singapur und Malaysia. Der Anstieg und das Niveau des Mindestlohns mögen fantastisch aussehen, in Wirklichkeit sind sie aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. In den vergangenen Jahren (2005 bis 2013) gab es in 33 Regierungsbezirken durchschnittlich nur fünf Prozent Lohnerhöhung während die Inflationsrate sehr hoch war: in der Regel sieben bis acht Prozent, 2014 sogar 8,3 Prozent. Der Mindestlohn ist demnach weit entfernt vom sogenannten *living wage*, weil die reale Kaufkraft gesunken ist und der zugrunde liegende Warenkorb ›Kebutuhan Hidup layak‹ (Notwendiges für ein anständiges Leben) unzureichend ist. So werden beispielsweise regionale Unterschiede und Preisschwankungen nicht berücksichtigt. Während sich die Gewerkschaften um eine Verbesserung des Verfahrens bemühen (u. a. durch einen angepassten Warenkorb), hat sich die Regierung den Forderungen der Arbeitgeberseite angenähert. Diese plant, die Gültigkeit von Tarifverträgen auf fünf Jahre zu verlängern um so ein investorenfreundliches Klima zu bereiten. Ob dieses Vorhaben verabschiedet wird, bleibt abzuwarten.

Gewerkschaftliche Zusammenarbeit

Die beiden größten Erfolge der indonesischen Gewerkschaftsbewegung (universelles soziales Sicherungssystem und starke Erhöhung der Mindestlöhne) sind auch für die globale Gewerkschaftsbewegung von Bedeutung. Der Internationale Gewerkschaftsverband ITUC, die *Global Union Federations* (GUF) und die TUSOs sind sich einig über das große Potential der indonesischen Gewerkschaften, gegen neoliberale Trends auf nationaler und auf ASEAN-Ebene einzutreten. Genauso wie sich die nationalen Gewerkschaften koordinieren und gegenseitig abstimmen, müssen Gewerkschaften auch international zusammenarbeiten. Unterstützend führt daher das Bildungswerk des *Deutschen Gewerkschaftsbunds* DGB in enger Abstimmung mit deutschen Gewerkschaften verschiedenste Projekte der internationalen Zusammenarbeit durch. Diese Arbeit ist auch im Kontext der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu verstehen, die sich weltweit gegen prekäre Arbeit, zum Schutz der Schwachen und für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung einsetzt.

Vor diesem Hintergrund ist Indonesien Partner- und Zielland der deutschen internationalen Zusammenarbeit. Das DGB-Bildungswerk ist gewerkschaftlicher Akteur und kooperiert seit 2006 mit dem *Trade Union Rights Centre*¹ TURC.

Wie begründet sich diese Arbeit und welchen Beitrag können und dürfen deutsche Akteure in Indonesien leisten? Das Projekt ›Demokratisierung der Gewerkschaften und Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten in Indonesien‹ von DGB Bildungswerk und TURC ist mit dem thematischen Schwerpunkt ›Rechtsschutz für GewerkschafterInnen‹ gestartet, im Rahmen dessen bei GewerkschafterInnen sowie ArbeitsrichterInnen juristische Sensibilität und Fähigkeiten entwickelt wurden. Zunehmend rückten in den letzten Jahren auch Entwicklungsfragen (zum Beispiel Armutsbekämpfung oder soziale Sicherung), gewerkschaftliche Strategien und vereintes Agieren der Gewerkschaftsbewegung in den Fokus. Im Rahmen des Projektes wurden nationale und regionale Allianzen zu verschiedenen Themen (Outsourcing, Mindestlohn, soziale Sicherung) gegründet und verbunden mit gemeinsamer Lobbyarbeit öffentlichkeitswirksame Kampagnen durchgeführt. Darüber hinaus wurden Vorhaben zur Organisationsentwicklung und zu Gender-Themen vorangebracht. Einer der Erfolge ist, dass diese Bündnisse mittlerweile von der Politik zu Stellungnahmen im Bereich der Arbeitsgesetzgebung aufgefordert werden. Dennoch, und auch in Anbetracht neuer Uneinigkeiten im Nachgang der Präsidentschaftswahl 2014, ist es für die Gewerkschaftsbewegung in Indonesien noch ein weiter Weg.



Ausblick: Einheit vs. Fragmentierung

Die aktuelle indonesische Regierung steht ebenso wie die Vorgängerregierungen unter starkem Einfluss der Arbeitgeberinteressen und hat daher mitunter eine verkürzte Sichtweise auf die schwierige Situation von ArbeiterInnen. Daher versucht die indonesische Gewerkschaftsbewegung darauf aufmerksam zu machen, dass hohes Wirtschaftswachstum nicht automatisch mit ökonomischem Wohlstand für die gesamte Bevölkerung einhergeht und sich die Kluft zwischen Arm und Reich unter Umständen sogar noch vergrößern kann. Gewerkschaften haben aufgrund der vielen negativen Auswirkungen des neoliberalen Wirtschaftskurses – verbreitete Armut, fehlende soziale Grundversorgung, Niedriglöhne, prekäre Beschäftigungsverhältnisse – einen starken Rückhalt in der Öffentlichkeit und erarbeiteten sich eine starke Verhandlungsposition.

Der Gewerkschaftsbewegung in Indonesien mangelt es jedoch trotz der internationalen Unterstützung und bisher erreichten Erfolgen noch an vielen Stellen an Know-How, Einigkeit, Koordination und einer gemeinsamen Strategie.

Anmerkung

1. TURC ist eine von Gewerkschaften gegründete NGO, die im nationalen Kontext eine Vermittlerrolle zwischen diesen und auch anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren und darüber hinaus eine juristische Expertenrolle für die Gewerkschaftsbewegung einnimmt.

*Generalstreik 2013 in Nordjakarta, viele Gewerkschaften sind mit ihren Fahnen vertreten.
Foto:
Tia Mboeik*